EUROPEAN-NEWS-AGENCY.COM

EUROPEAN NEWS AGENCY

International Press Service

Ressort: Politik

Bürgergeld ein einziges hin und her Die Story 06.08.2025

Bundesweit, 06.08.2025 [ENA]

Ich kann ja fast schon behaupten, die sagenumwobene Geschichte um das Bürgergeld hat einen neuen Höhepunkt erreicht. Aber die Story ist gerade wieder dabei, abzustürzen. Ich weiß es nicht so genau, die Politik redet drumherum, klare Positionen ausgeschlossen.

Bürgergeld wurde ja eigentlich mal eingeführt, um Personen, die nach der Arbeitslosengeldzeit keinen Job haben, mehr als bei der früheren Sozialhilfe und Hartz IV aufzufangen und gesellschaftlich besser zu stellen. Doch kaum hatte Herr Heil im Januar 2024 eine drastische Erhöhung um 12 \% durchgeboxt, ging die Kritik am Bürgergeld los. Und verstummt bis heute nicht. Auch führende Köpfe der FDP, die jetzt nicht mehr führend ist, behaupteten, die Steigerung wäre im Vergleich zur tatsächlichen Inflation zu hoch ausgefallen und müßte wieder zurück geschraubt werden. Dieses Jahr gibt es wohl eine Nullrunde, ab 2026 dann soll (vielleicht) das Bürgergeld durch Grundsicherung ersetzt werden.

Weiß keiner, großer Widerstand dagegen, Merz wollte das ja schon als eine der ersten Amtshandlungen machen, wir wissen ja, was aus seinen meisten Versprechen geworden ist. Dazu nur ein Satz: Faktisch war die große Erhöhung gar nicht als Ausgleich zukünftiger Inflationen gedacht, sondern um erst einmal den Nachholbedarf aus früheren Jahren auszugleichen, wir erinnern uns: Lebensmittelpreise sind seit Kriegsbeginn stetig gestiegen, Coronakosten u.a.m.
Aber so wie das im besten Deutschland aller Zeiten ist.

Es herrschen heutzutage nicht mehr Wahrheiten, sondern Politiker, NGOs, einsame Grüppchen versch. Art, Vereine, whatever, entdecken jeweils eigene Wahrheiten zum Bürgergeld und meinen, die verbreiten zu müssen. Das kann ja jeder tun, schlimm wird es nur, wenn es z. B. große Medien oder vermeintlich namenhafte Institute tun, die in Deutschland die Meinungsbildung mitbeherrschen. Viele kennen mich schon, bevor ich auf den Punkt komme, muß ich nochmal tief in die Tasche greifen um viele Leser mitzunehmen, die immer gerne verdrängen, was ältere Wahrheiten betreffen.

Die Bild-Zeitung berichtet in einer Ausgabe von einem Spediteur, der beklagt, ein langjähriger Mitarbeiter hätte gekündigt, weil er sich beim Bürgergeld besser stehen würde. Große Aufmachung auf einer guten halben Seite mit Fotos usw. Das läge daran, weil ja vom Jobcenter die ganzen Kosten übernommen würden, die ein Arbeitnehmer selber zu tragen hätte. So die Einlassung des GF. Als ich den GF angeschrieben habe und sein Rechenbeispiel auseinander genommen habe, keine Rückantwort. Auch die Geschichte mit dem

Redaktioneller Programmdienst:
European News Agency

Annette-Kolb-Str. 16
D-85055 Ingolstadt
Telefon: +49 (0) 841-951. 99.660
Telefax: +49 (0) 841-951. 99.661
Email: contact@european-news-agency.com
Internet: european-news-agency.com

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.



Wechsel ins Bürgergeld natürlich nur Nonsens. Wer selber kündigt, bekommt eine Sperre und dann kommt man ins ALG 1 Geld. Die ganze Story hinkte.

Als dann noch rauskommt, das der Mann davon gesprochen habe, nebenbei schwarz zu arbeiten, war mir alles klar. Reiner Populismus und wenig Wahrheitsgehalt. Diese Märchenstunden werden in versch. Medien immer wieder verbreitet und sollen die Bürger gegen Bürgergeldbezieher aufbringen, das denke ich. Anderes Beispiel. In einer Talkshow bei den öffentlich rechtlichen TV redet eine Sozialarbeiterin davon, sie kenne mehrere Personen, die mit einem Nettoverdienst zwischen 1300 – 1500 Euro nicht über die Runden kämen und zum Leben teilweise nur 200 Euro im Monat blieben. Habe ich nicht verstanden. Unverheiratete Bürgergeldempfänger in billigen Wohnungen müssen teilweise mit unter 1000 Euro netto im Monat hinkommen, fragt da einer ? Nein.

Auch hier habe ich die Sozialarbeiterin schriftlich zur Rede gestellt; die war so aufgebracht darüber, das ich ihre Beispiele angezweifelt habe, das sie sich mit mir nicht austauschen wollte. Klar, wenn man erwischt wird in der Märchenstunde.
Nächste Märchenzeit, bei RTL 2. In einer Sendung aus der Reihe Armes Deutschland – Deine Kinder wird eine Familie gezeigt mit 5 Kindern, 2 Erwachsene. Die Frau bezieht Bürgergeld, der Mann Erwerbsminderungsrente. Im der Doku reden die Kinder davon, das immer wenig Geld da ist, Markenkleidung, Süßigkeiten in der Schule nicht möglich. Das Geld sei so knapp, das der Mann schon mal Abends in der letzten Monatswoche keine Mahlzeit mehr hat. Weil das Geld nicht mehr reicht.

Dann erklärt die Frau: Komplett haben sie Einnahmen von 3500.- Euro. Wenn sie alles abzieht würden gerade mal 400.- Euro zum Leben übrig bleiben. Klingt ja dramatisch. So ganz nebenbei beschwert sie sich noch, das ihr Bürgergeld zu wenig ist und gekürzt wurde, weil ihr Mann jetzt eine höhere Rente hat. Was RTL 2 im Bericht nicht sagt, da muß der Zuschauer genau hinschauen in der Doku, die Aufstellung der Kosten ist etwas seltsam. Schauen wir selbst: Das Bürgergeld beträgt 292.- Euro, die Rente 1300.- Euro, Kinder- und Elterngeld 1347.- Euro sowie Unterhalt für 2 Kinder 783.- Euro. Jetzt die Ausgaben, und Achtung!

Genau hingeschaut, warum angeblich nur 400.- Euro zum Leben übrig bleiben: Die Miete beträgt 1650.- Euro, Fixkosten sind 350.- Euro, Versicherungen 165.- Euro, Kredite 835.- Euro, Musikschule 40.- Euro und Zahnarztkosten 250.- Euro. Finde die 2 Fehler in dieser Rechnung, warum das Geld so knapp ist. Das kann jeder nur offensichtlich RTL 2 nicht. Bevor es richtig heiss wird, möchte ich aber etwas zu dem angeblich so hohen Bürgergeld sagen. Bürgergeld ist ja nicht abhängig vom letzten Verdienst und variiert letztlich hauptsächlich aufgrund der unterschiedlichen Miet- und Nebenkostenhöhen, die erstattet werden.

Egal auf welche Summe der Empfänger kommt, kann er keinen Antrag auf zusätzliche soziale Leistungen

Redaktioneller Programmdienst:
European News Agency

Annette-Kolb-Str. 16
D-85055 Ingolstadt
Telefon: +49 (0) 841-951. 99.660
Telefax: +49 (0) 841-951. 99.661
Email: contact@european-news-agency.com
Internet: european-news-agency.com

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

stellen. Wenn jemand eine Rente bezieht, kann er einen Antrag auf Wohngeld stellen. Je nachdem wie die Rente ausfällt kann das in der Praxis schonmal bedeuten, das das Wohngeld höher ausfällt als die tatsächliche Miete. Das glauben sie nicht ? Das ist in Deutschland so, keiner kann es erklären aber es wird einfach ausgezahlt. Komisch, Bürgergeld ist so üppig, wie einige behaupten, andere bekommen Geld zusätzlich zur Bedürftigkeit geschenkt. Das mal nebenbei.

Jetzt kommen wir zum Highlight in diesem Bericht. In den Hauptrollen. Prof. Fratzscher, Präsident des DIW und ein Verein mit dem Namen sanktionsfrei. Und eine Rolle spielt in diesem Theater eine sogenannte Bürgergeldstudie, die im Juni 2025 auf der Bundespressekonferenz den Hauptstadtjournalisten vorgestellt wurde. Ausgerechnet von Prof. Fratzscher. Klar, denken jetzt viele, das DIW war ja auch an der Studie beteiligt. Nein, eben nicht. Die Pressesprecherin des DIW erklärt in klaren Worten, das DIW habe rein gar nix mit der Studie zu tun, quasi sei Prof. Fratzscher der Türöffner für die Vorstellung gewesen.

Komisch, das wurde in der Pressemitteilung des Vereins aber mißverständlich ausgedrückt. Findet auch der DIW, der mit der Formulierung nicht glücklich ist. Ich nehme es vorweg: Der Name des Vereins läßt schon darauf schließen für mich, welche Gesinnung der hat und welche Ergebnisse die Studie hat, ohne sie bis dato gelesen zu haben. 2 angebliche Pressevertreter sind dann auch angegeben, aber eine Nummer gibt es nicht, und bei der anderen Handynummer erlebt man als Journalist folgendes: Es meldet sich eine Frauenstimme ohne Namensnennung. Als ich mich vorstelle und frage, wer denn dran ist, die Antwort: Sie hätte mich nicht angerufen. Als ich sage, ich aber habe sie ja angerufen, wird aufgelegt, wohl gemerkt die angebliche Pressevertreterin.

Als ich wieder anrufe ist die Nummer blockiert. Später bekomme ich per Email die Aussage, das wäre ihre Privatnummer (und warum ist die beim Pressestatement angegeben ?). Auch die im Internet bei google hinterlegte Telefonnummer des Vereins ist nicht vergeben, so eine Bandansage. Deutet alles für mich auf große Seriosität hin. Schon in der Pressemitteilung wird ein dramatisches Bild gezeichnet: Täglicher Verzicht, psychische Belastungen und geringe Erwerbsaussichten werden da genannt. Und über 50 \% der Eltern würden regelmäßig auf Essen verzichten, damit die Kinder genug zu essen hätten.

Von den 1014 Befragten haben gut 283 Personen gesagt, sie hätten Angst vor Obdachlosigkeit. Warum, wo doch die Wohnung + Nebenkosten übernommen werden ? Rund 730 Personen reicht das Geld nicht für ein würdevolles Leben, 507 Personen behaupten nicht alle im Haushalt werden immer satt. Sind das so Haushalte wie den ich beschrieben habe oder ist das so ein Haushalt, der mit einem Kinderwagen bei der Tafel steht, um Lebensmittel für die Kinder und sich abzuholen, aber im Kinderwagen 5 Minuten vorher im Tabakgeschäft für 49.90 Euro einen Tabakeimer gekauft haben ?

Oder einen Haushalt führt, wo alle Personen eine Spielekonsole und einen eigenen TV haben müssen, und

Redaktioneller Programmdienst:
European News Agency

Annette-Kolb-Str. 16
D-85055 Ingolstadt
Telefon: +49 (0) 841-951. 99.660
Telefax: +49 (0) 841-951. 99.661
Email: contact@european-news-agency.com
Internet: european-news-agency.com

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.



damit natürlich nicht mit dem Geld auskommen (übrigens auch ein Ausschnitt von RTL 2: Armes Deutschland Deine Kinder vom 05.08.2025). Mir braucht keiner was zu erzählen, ich habe viele Informationsquellen und was ich da erfahre, kann ich gar nicht alles schreiben, das würden viele nicht glauben. Was offensichtlich diverse Bürgergeldempfänger nicht wissen: Es ist kein Budget für Rauchwaren, Alkohol, Cannabis und ähnlich gelagerten Bedarf eingerechnet. Und wer in einem oder mehreren Bereichen erhöhten Bedarf hat, kommt mit dem Geld eben nicht hin.

Bürgergeld ist auch nicht für Luxusleben da, wenn Bürgergeldempfänger dann zu Hause noch einen halben Zoo haben, wird dadurch das Geld auch nicht mehr. Über diese Dinge berichtet der Verein natürlich nicht. Ich bezweifele persönlich diesen Bericht, der einseitig und interessensorientiert erstellt wurde. Der aber sieht einen dringende Erhöhung auf 813 Euro für nötig und beruft sich vorsichtshalber auf eine Berechnung des Paritätischen Gesamtverbandes. Und natürlich sind Sanktionen nicht nur unablässig, die sollten auf maximal erhöht werden, bestes Beispiel eine Vielzahl von ukrainischen Flüchtlingen, die komischerweise besonders schlechte Arbeitslust in Deutschland haben.

Klar, mit dem Bürgergeld sind sie in der Ukraine der King, übersteigt doch die Summe deutlich einen Monatslohn, der um die 440.- Euro liegt. Der Verein beklagt mangelnde Vermittlungen und Jobangebote, redet natürlich nicht darüber, wie viele Personen Termine ignorieren, Kurse nicht belegen, zig Jobs nach wenigen Tagen immer wieder aufgeben u.a.m. Fakt ist, die Politik ist sich derzeit nicht einig, was passieren soll. Stimmungen wollen ja das Bürgergeld ab 2026 abschaffen, eigentlich ja schon viel eher geplant, andere wollen Kürzungen, wieder andere wollen es erhöhen. Jeder kennt die Parteien im Bundestag und welche für welches Ergebnis stehen.

Da brauche ich keine Namen nennen. Aber es ist auch ein Fakt, das die 36 – seitige Studie nicht nur keine Probleme lösen wird, sondern aus meiner Sicht flüssiger als flüssig ist: Überflüssig. Aber letztlich zahlt dafür ja der Steuerzahler. Keine Angst, ich werde weder den Verein noch die Studie verlinken. Aber 2 Punkte muß ich noch benennen. Kindergeld ist für die Kinder da, nicht um die Luxusbedürfnisse der Eltern zu befriedigen. Und wenn eine Gruppe besonders Probleme hat mit Bürgergeld über die Runden zu kommen, sind es ledige Personen. Die bekommen nämlich kein Kindergeld, Unterhaltsgeld, Überbrückungsgeld und andere Zuschüsse. Und die müssen alles alleine selber zahlen.

Bericht online lesen:
https://presse.en-a.eu/politik/buergergeld_ein_einziges_hin_und_her_die_story_06082025-91942/

Redaktion und Verantwortlichkeit:
V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV: Uwe Hildebrandt

Redaktioneller Programmdienst:
European News Agency

Annette-Kolb-Str. 16
D-85055 Ingolstadt
Telefon: +49 (0) 841-951. 99.660
Telefax: +49 (0) 841-951. 99.661
Email: contact@european-news-agency.com
Internet: european-news-agency.com

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.